

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 31. Ratssitzung vom 12. Dezember 2014

577. 2014/280
Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 31, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 119.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Wir beantragen eine Kürzung um 20 000 Franken. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt müssen solche Budgetpositionen speziell betrachtet werden. Mit Spesenentschädigungen und sonstigen Vergütungen an Behörden und Kommissionen, ist in schlechten Zeiten zurückhaltend zu verfahren. Auch geprüft werden soll, ob anfallende Sitzungen wann immer möglich zusammengelegt werden können, um Vergütungen an Mitglieder zu eliminieren. Sitzungsorte sollen möglichst zentral gelegen gewählt werden. Sollten externe Übernachtungen anfallen, sind diese auf das Notwendigste zu beschränken. Auch Private und staatliche Unternehmen sind gezwungen, solche Budgetpositionen der finanziellen Lage anzupassen. Zürich sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen.

Andrea Nüssli (SP): Diesen Budgetposten gibt es in jeder Dienstabteilung. Es ist willkürlich und unfair, wenn man dem GUD die Verwaltungskosten in diesem Bereich streicht. Es geht um Repräsentationen, die Pflege des Behördenaustausches und Auslagen für die Kommissionsreise, die man mit dem Gemeinderat unternimmt. Die Mehrheit ist dagegen.

S. 222	30 3000 3001 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Vergütungen an Behörden und Kommissionen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119.	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit
			20 000		0	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Der Finanzlage anpassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 120.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Minderheit beantragt auf diesem Konto eine Kürzung um 145 000 Franken für die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Die Verwaltung wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut und muss jetzt der heutigen schlechten Finanzlage angepasst werden. Das vorhandene Fachwissen im GUD kann auch durch interne Weiterbildungsmassnahmen und durch die Förderung von eigenen Fachleuten und Ressourcen gesichert werden. Wir verlangen eine Überprüfung des Stellenplans und eine Reduktion auf Teilzeitstellen, vor allem im Bereich der Kommunikationsabteilung.

Andrea Nüssli (SP): In einer wachsenden Stadt kann sich die Verwaltung auch im GUD nicht einfach reduzieren. Die Mehrkosten sind begründet, auch durch Lohnmassnahmen. Die Mehrheit stimmt mit dem Antrag des Stadtrats.

4 / 53

30 700

162 300 Minderheit

Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Enthaltung

Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Der Finanzlage anpassen

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 30 700 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 122.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Bei der Rückfrage und den Antworten im Zusammenhang mit e-Health haben wir festgestellt, dass das Projekt erst 2016 realisierbar ist. Deshalb möchten wir das Konto um 130 000 Franken reduzieren.

S. 223 30
3000
3189 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung
Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
122.	Antrag Stadtrat	130 000		230 000 100 000	Zustimmung Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: e-Health kommt erst im Jahr 2016

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 123.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung des Lohnkontos. Die Erhöhung auf diesem Konto betrifft unter anderem das Asylzentrum Juch. Obwohl die Stadt wiederholt betont hat, dass das Testzentrum die Steuerzahler entlasten soll, ist es aufgrund des Budgetentwurfs 2015 klar, dass das Gegenteil der Fall ist. Patienten des Asylzentrums führen zu einer deutlichen Zunahme von medizinischen Dienstleistungen beim stadtärztlichen Dienst. Wir sind der Meinung, dass weitere Effizienzsteigerungen und eine Strukturanpassung nötig sind, um 10 % auf diesem Konto zu kürzen.

Andrea Nüssli (SP): Im Asylzentrum Juch sind Leute untergebracht, die marginalisiert und sehr vulnerabel sind. Diese benötigen gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte, die sie verstehen, genügend Sozialkompetenz mitbringen und sie längerfristig betreuen können. Dies ist eine Aufgabe der städtischen Gesundheitsdienste und es wäre falsch, hier zu sparen. Die Leute müssten so oder so betreut werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Hier werden nicht nur Ausgaben verbucht, sondern auch Einnahmen. Dies wurde vergessen anzumerken.

S. 226	30 3010 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
123.	Antrag Stadtrat				15 937 800	Mehrheit
			1 857 000		14 080 800	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Rechnung 2013

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu.

9 / 53

S. 229	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3660 0400	Beiträge an Hausgeburten und Wochenbettpflege			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
127.	Antrag Stadtrat			440 000	Mehrheit
			40 000	400 000	Minderheit
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung:	Kürzung um 10 %	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 128.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Im Sinne der Gerechtigkeit über sämtliche Dienstabteilungen, stellen wir einen entsprechenden Kürzungsantrag auch bei den Pflegezentren der Stadt Zürich.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 stellt ebenfalls die Tabellenkürzungen auf den REMO-Konten für die Globalbudget-Abteilungen zusammen. Mit dem grossen Unterschied beim Konto Personal.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit ist gegen die generellen Kürzungsanträge. Wir wollen den Saldo bei den Pflegezentren der Stadt nicht verschlechtern.

S. 231	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	Saldo	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
128.	Antrag Stadtrat			10 855 800	Mehrheit
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

10 / 53

5 257 300	5 598 500	Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
847 700	10 008 100	Minderheit 2	Samuel Dubno (GLP) Referent
		Enthaltung	Christian Traber (CVP)
Begründung:	GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3107, 3170, 3180, 3186; FDP/SVP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3010, 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(10 855 800)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(5 598 500)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 008 100)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 74 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Antrag 129.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Wir haben festgestellt, dass der Personalaufwand in den Pflegezentren im Budget 2015 um 17 % gegenüber der Rechnung 2011 angestiegen ist. Die Rechnung 2011 bis 2013 weist aber dort durchwegs einen Gewinn aus. Wenn die geplanten Stellenerhöhungen etappiert würden, könnten auch die Erhöhungen für die Aus- und Weiterbildungen gesenkt werden. Temporäre Arbeitskräfte sollen kritisch hinterfragt werden. Im Weiteren können Angebote mit spezieller Ausrichtung reduziert werden.

Samuel Dubno (GLP): Wir beantragen eine Kürzung um 50 000 Franken. Die Personalwerbung wurde vom Budget 2014 auf das Budget 2015 um rund 100 000 Franken erhöht. Die Minderheit 2 ist der Meinung, dass mit einer zehnpromzentigen Erhöhung

durchaus eine ausreichende Erhöhung vorhanden ist.

Andrea Nüssli (SP): Alle diese Angebote sind wichtig und jede Anstrengung, genügend Personal zu finden, kommt am Schluss den Menschen in den Pflegezentren zugute.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat im Antrag 128 auf das Saldo des Globalbudgets einen Kürzungsantrag gestellt, der nicht durchkam. Wir werden deshalb in den kommenden Anträgen von der Mehrheit zur Minderheit wechseln.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es gibt in der Schweiz jetzt schon einen Fachkräftemangel. In dem man sich nicht anstrengt, kann man die Leistungen nicht erbringen, denn dafür wird Personal benötigt. In den Bereichen Pflege werden die Normkosten vom Kanton sehr genau festgelegt. Wenn wir unsere Bewohnerinnen und Bewohner nicht in den städtischen Heimen unterbringen können, ist es unsere Aufgabe, sie in anderen Heimen unterzubringen. Die städtischen Heime gehören aber zu den kostengünstigen. Wenn wir sie woanders unterbringen, zahlen wir mehr.

S. 231	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
129.	Antrag Stadtrat				1 252 100	Mehrheit
			1 252 100		0	Minderheit 1
			50 000		1 202 100	Minderheit 2
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
						Begründung: GLP/CVP: 10 % Erhöhung gegenüber Vorjahr muss ausreichen; SVP: Verzicht auf wünschbare Dienstleistungen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(1 252 100)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	43 Stimmen

12 / 53

Antrag Minderheit 2	(1 202 100)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 42 Stimmen zugestimmt.

Antrag 130.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Da kleinere Erträge für das Tageszentrum erwirtschaftet wurden als erwartet, erfolgt im Voranschlag 2015 eine Anpassung an die Werte der Rechnung 2013. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wieso in einem solchen Wachstumsbereich die Steuerungsvorgabe, die den Umsatz generiert, reduziert wird. Dadurch wird der ganze Saldo in dieser Produktgruppe verschlechtert. Das GUD soll alles unternehmen, um die Steuerungsvorgaben wieder zu erhöhen. Dazu müssen auch Preise der ergänzenden Angebote entsprechend angepasst werden. Wir denken, dass höhere Eigenbeteiligungskosten, verbunden mit einer guten Qualität, kein Hinderungsgrund für den Bezug von Leistungen sind.

Andrea Nüssli (SP): In den Alterszentren will man keine kostendeckenden Tarife und die Pflegezentren sollen sich nun anstrengen, um mehr zu erwirtschaften. Die ambulante Unterstützung verhindert eine stationäre Einweisung und ist viel nachhaltiger. Die Angebote sind deshalb sinnvoll.

13 / 53

S. 231	30 3020 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
130.	Antrag Stadtrat				
				2 024 300	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			683 200	1 341 100	Minderheit
			Begründung: Mindestens Ergebnis von Budget 2014 ist anzustreben		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 131.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphael Kobler (FDP): Wenn man die budgetierten Zahlen näher betrachtet, fällt auf, dass auch unter Berücksichtigung der jüngeren Entwicklung nach wie vor ein suboptimales Ergebnis angestrebt wird. Gleichzeitig besteht aber durchaus noch betriebswirtschaftliches Verbesserungspotenzial. Eine neuerliche Überprüfung der erbrachten Leistungen, im Hinblick auf den erwirtschaftbaren Ertrag, wäre sinnvoll. Durch die Erhöhung der Steuerungsgrösse möchten wir diesen Prozess auslösen.

Andrea Nüssli (SP): Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Nebenbetrieben geben ihr Bestes. Mehr Umsatz kann man nicht erzwingen.

S. 231	30 3020 PG 3	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
131.	Antrag Stadtrat				
				2 228 900	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

14 / 53

200 000	2 028 900	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung: Erhöhung der Steuervorgabe von Fr. 6 864 100 auf Fr. 7 064 100 (Umsatz Cafeteria/Personalhäuser/Schulungszentrum Gesundheit SGZ)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 132.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Die Kosten für Ausbildung und Arbeitseinsätze sind gegenüber der Rechnung 2011 um über 30 % gestiegen. Der geplante Anstieg des Ausbildungsangebots muss etappiert erfolgen.

Andrea Nüssli (SP): Ausbildungsplätze nicht zu schaffen, ist in der heutigen Zeit in der Pflege absolut falsch. Junge Leute zu begleiten ist ein Zusatzaufwand, aber ein nachhaltiger.

S. 231	30 3020 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Pflegezentren der Stadt Zürich			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
132.	Antrag Stadtrat			5 350 500	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		342 300		5 008 200	Minderheit Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
		Begründung: Mindestens Ergebnis von Budget 2014 ist anzustreben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

15 / 53

Antrag 133.

Kommissionsminderheiten:

Mauro Tuena (SVP): Die Stadt verlangt in den Altersheimen pro Tag und Person 10 Franken mehr. Innert kürzester Zeit ist dies bereits die zweite Erhöhung. Dies bei Menschen, die gar nichts Zusätzliches in Anspruch nehmen, ein Leben lang in der Stadt gearbeitet und Steuern gezahlt haben. Sie will man nun schröpfen, während man das Geld in die Kultur und ins Asylwesen steckt. Vor allem kann ich mir nicht erklären, wie man diese Kosten ohne Mehrleistung rechtfertigen kann. Die SVP beantragt eine Saldoverschlechterung über alle Produktegruppen und eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Die Stadt liegt mit den neuen Taxen immer noch deutlich unter anderen im Kanton, sogar im Betreuungstaxteil. Selbstverständlich sind die Leistungen erbracht worden. Wir wollten sie aber genau erfassen und sie nicht einfach verrechnen. Es gibt keinen Bewohner, der nicht mehr in ein Altersheim kommt, nur weil sich die Taxen erhöht haben. Etwa die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner beziehen städtische Ergänzungsleistungen. Daran beteiligen sich Bund und Kanton zu je 40 %. Gäben wir nicht die Kostenwahrheit weiter, würden wir Bund und Kanton subventionieren. Alle können sich das Wohnen in einem städtischen Altersheim leisten. Wenn wir einfach den Betrag im Globalbudget heruntersetzen und gleichzeitig noch die erbrachten Leistungen kürzen, haben die alten Menschen am Schluss nicht mehr, sondern weniger.

Raphaël Tschanz (FDP): Wir wollen auch nicht, dass die Taxen erhöht werden. Im Gegensatz zur Minderheit 1 sind wir aber nicht der Ansicht, dass man dies über eine Budgetverbesserung erreichen kann. Wir schlagen vor, konkret auf den entsprechenden und von uns vorgeschlagenen Konten die Kürzungen vorzunehmen.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 3 will ähnliche Kürzungen machen wie die Minderheit 2. Auch hier wieder mit dem Unterschied beim Personal. Dies sehen wir nicht als realistisch in den Pflegezentren an.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Traber (CVP): Wir schliessen uns der Minderheit 3 an. Wir denken, dass die nötigen Kürzungen auf den genannten Konti vertretbar sind. Wir glauben auch, dass die moderate Gebührenerhöhung in diesem Sinne ausgewogen ist. Wir müssen eine gewisse Kostenwahrheit wahrnehmen.

Andrea Nüssli (SP): Die Betreuungstaxen enthalten neu für alle Pflegestufen Vorhalteleistungen. Dies bedeutet, dass rund um die Uhr jemand da ist und man zusätzlich an Anlässen teilnehmen kann. Grundsätzlich ist die SP deshalb der Meinung, dass die Kosten den Bewohnerinnen und Bewohnern weiterverrechnet werden sollen. Für den Mittelstand wird diese Erhöhung aber doch recht einschneidend sein, weshalb wir sie in dieser absoluten Form ablehnen und der Budgetverschlechterung zustimmen.

Roger Liebi (SVP): Bei den Einen gibt man von der Stadt aus und bei den Anderen nimmt man. Wenn sich die Stadträtin mit dem gleichen Herzblut dafür einsetzen würde, dass alles kostendeckend ist, was die Stadt macht, insbesondere bei der Soziokultur, dann wäre dies in Ordnung. Aber so ist es einfach eine ungerechtfertigte Erhöhung auf dem Buckel der alten Menschen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir wechseln zum Antrag des Stadtrats. Es werden nicht alle Pflegestufen erhöht, sondern auch einige gesenkt. Bei den Pflegezentren hat man die Betreuungstaxe pro Tag erhöht. Im Antrag vorher, wo es um die Pflegezentren ging, hat die SVP einen Ablehnungsantrag gestellt. Ich würde gerne wissen, was der qualitative Unterschied ist zwischen den Menschen, die in einem Pflegezentrum sind und denen, die im Altersheim sind.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir wollen keine Erhöhung der Tarife, eine Einsparung kann man aber erreichen, indem man bei den Kosten reduziert. Dies ist möglich über das Globalbudget, ohne dass man einen Stellenabbau fordert. Sollten wir nicht durchkommen mit unserem Antrag, werden wir uns am Schluss enthalten.

Florian Utz (SP): Wenn man dem FDP-Antrag folgen würde mit einer Saldoverbesserung plus dem Gebührenverzicht, würde das mit einem massiven Leistungsabbau verbunden sein. Dem SVP-Antrag mit keinerlei Kürzungen auf der Leistungsseite können wir aber so zustimmen.

Andreas Kirstein (AL): Wir schliessen uns der Minderheit 1 an. Es handelt sich zwar um ein Globalbudget, offensichtlich ist es aber hier notwendig, dort zu ergänzen, wo man ein Globalbudget steuert. Deshalb haben wir einen Globalbudgetantrag für nächstes Jahr eingereicht, der den Kostendeckungsgrad der verschiedenen Tarife zum Thema hat.

Mauro Tuena (SVP): Die Voten haben gezeigt, was die Mehrheit will. Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, dies entsprechend umzusetzen. Einige ältere Personen haben dem Stadtrat Briefe geschrieben. Hier hätte ich mir gewünscht, dass diese nicht nur streng juristisch beantwortet worden wären.

STR Claudia Nielsen: Wir haben uns die Mühe genommen und mit allen Leuten, die Einsprache gehalten haben, ein persönliches Gespräch geführt. Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr von der Kostensteigerung, während die Krankenkassen auf demselben Niveau bleiben. Diese Verteilung macht die wirklich grossen Posten aus. Wenn man über Globalbudget redet, kann man nicht einfach nur den Saldo ändern und

17 / 53

meinen, ansonsten ändert sich nichts. Dazu muss man sich die Steuerungsgrössen anschauen.

S. 232 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3026 **Alterszentren Stadt Zürich**
Saldo **Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
133. Antrag Stadtrat			2 125 000	
		3 760 000	5 885 000	Minderheit 1 Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
	2 960 000		- 835 000	Minderheit 2 Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
	453 600		1 671 400	Minderheit 3 Samuel Dubno (GLP) Referent
				Enthaltung Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Begründung: GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3186;
SVP: Die Betreuungstaxen sollen auf dem Niveau 2014 bleiben und nicht erhöht werden;
FDP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3010, 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182

Mauro Tuena (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 110 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge), gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1 und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Stimmen für den Antrag Stadtrat:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
038	Kälin	Simon	Grüne	JA

18 / 53

025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
024	Moser	Felix	Grüne	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA

Stimmen für die Minderheit 1:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA

123	Iten	Stephan	SVP	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA
112	Müller	Rolf	SVP	JA
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
135	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
173	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
057	Urban	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

20 / 53

Stimmen für die Minderheit 2:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
168	Baumer	Michael	FDP	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	JA
131	Bürki	Martin	FDP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
170	Jäger	Alexander	FDP	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
133	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
171	Müller	Marcel	FDP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
152	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA

Stimmen für die Minderheit 3:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
098	Baumann	Markus	GLP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA

101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	JA

Antrag Stadtrat	(2 125 000)	14 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(5 885 000)	70 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-835 000)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(1 671 400)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 134.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Raphael Kobler (FDP): Die quartierbezogenen Leistungen haben im Laufe der Zeit eine bemerkenswerte Ausdehnung. Dafür sprechen nicht nur finanzpolitische Überlegungen, sondern auch der Umstand, dass die Stadt immer öfters in direkte oder indirekte Konkurrenz mit privaten Dienstleistungen tritt. Angesichts des budgetierten Fehlbeitrags fordern wir eine Saldoverbesserung, die durch eine Ertragssteigerung oder eine Redimensionierung des Angebots erreicht werden soll.

Rolf Müller (SVP): In der Produktegruppe gibt es ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. Angesichts der schlechten, finanziellen Lage der Stadt sollten weniger quartierbezogene Leistungen erbracht werden. Das Angebot hierfür muss generell überprüft werden.

Karin Meier-Bohrer (Grüne): Die Kosten für die quartierbezogenen Leistungen werden über die Hotellerietaxen von den Bewohnerinnen und Bewohnern zum Teil wieder eingekommen. Die Quartierbevölkerung profitiert von den Angeboten und leistet zum Teil auch Beiträge an die Kosten. Wir können nicht verstehen, dass man diese Angebote vor allem für die alten Menschen in der Stadt kürzen will. Sie bieten ein soziales Netzwerk für unsere ältere Bevölkerung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Private soziokulturelle Angebote ohne Gewinn anbieten möchten. Vor allem die älteren Menschen verfügen über ein kleines Budget und können teure Angebote deshalb nicht wahrnehmen.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Nachdem die Verschlechterung quasi über die ganzen Alterszentren gesprochen wurde, ist die GLP bereit, sämtliche folgenden Kürzungen zu unterstützen.

S. 232	30 3026 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Alterszentren Stadt Zürich			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat			3 519 100	Mehrheit
		519 100		3 000 000	Minderheit 1
		1 000 000		2 519 100	Minderheit 2
		Begründung: SVP: Angesichts Finanzlage weniger quartierbezogene Leistungen anbieten; FDP: Steigerung des Ertrags bei quartierbezogenen Leistungen und/oder Überprüfung des Angebots (unter Anpassung der Steuerungsgrösse) --> keine Konkurrenzierung von Privaten			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(3 519 100)	83 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(3 000 000)	35 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2 519 100)	<u>6 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen

23 / 53

= absolutes Mehr

63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 135.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Im Bereich der Vermietungen können höhere Einnahmen generiert werden. Das gleiche gilt für Vermietungen von Räumlichkeiten an Dritte. Auch der Umsatz von Kiosk- und Cafeteria-Leistungen muss gesteigert werden. Wir beantragen deshalb eine entsprechende Saldoverbesserung.

Marcel Bührig (Grüne): Angeblich werden die Bewohner der Alterszentren schon genug geschröpft. Nun möchte man, dass ihnen andere Leistungen verteuert werden. In der Produktegruppe geht es auch um die Attraktivität als Arbeitgeber und um die Gesundheitsförderung der Bewohner. Aus Sicht der Mehrheit ist es nicht sinnvoll, hier weiter Geld einzusparen.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Die Saldoverschlechterung, die die SVP beim Antrag 133 forderte, würde hier wieder teilweise rückgängig gemacht. Wenn der Saldo entsprechend gekürzt wird, hätte der Stadtrat keine Möglichkeit mehr zur Umsetzung. Deshalb bitten wir darum, von Kürzungen abzusehen.

S. 232 30
3026
PG 3

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Alterszentren Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
135.	Antrag Stadtrat			650 400	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		100 000		550 400	Minderheit Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)

Begründung: Angesichts Finanzlage mehr optimieren und auf Wünschbares verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 60 Stimmen zu.

Antrag 136.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Der Aufwand für Ausbildungs- und Arbeitseinsätze ist gegenüber der Rechnung 2011 laufend gestiegen. Der geplante Anstieg des Ausbildungsangebots müsste etappiert erfolgen. Hier könnte viel mehr auf Zivildienstleistende zurückgegriffen werden, um diese Etappierung durchzuführen.

Marcel Bührig (Grüne): Der Fachkräftemangel ist akut, weshalb es nicht sinnvoll ist, hier Geld einzusparen. Die Zivildienstleistenden muss man erstmal finden, sie dürfen freiwillig entscheiden, wo sie eingesetzt werden wollen. Nicht alle möchten im Altersheim arbeiten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Wir möchten ermöglichen, dass genügend Pflegepersonal da ist, damit dieses auch die nötige Zeit hat, um sich um die alten Menschen zu kümmern. In der Produktgruppe sind ebenfalls die Kosten für den Zivilschutz enthalten. Genau das, was sie fordern, wollen sie gleichzeitig kürzen.

S. 232	30 3026 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Alterszentren Stadt Zürich			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
136.	Antrag Stadtrat			5 383 500	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		176 000		5 207 500	Minderheit Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 137.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Das Stadtspital Waid weist einen zu hohen Saldo aus. Es ist möglich, diesen zu reduzieren. Das soll z. B. bei der Parkplatzvermietung an Personal oder Besucher durch bessere, gewinnbringende Konditionen erreicht werden. Durch Projekt-Minimierungen können weitere Einsparungen gemacht werden. Die nötigen Sparmassnahmen sollen auf keinen Fall auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten erfolgen.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir haben die diversen Kontengruppen zusammengestellt und kommen ohne Personalkürzung aus.

Andrea Nüssli (SP): Wir wollen ein starkes Stadtspital, das sich weiterentwickeln kann. Wir lehnen deshalb die Kürzungsanträge ab. Wie sollen die Angestellten unter den gleichen Rahmenbedingungen und bei gleichem Personalbestand noch mehr Ertrag erwirtschaften?

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Man muss sich entscheiden, was man will. Soll das Spital die Leistungen für die Patientinnen und Patienten erbringen oder sich einfach rentieren? Alle Allgemeinversicherten der Stadt müssen dann halt schauen, wo sie behandelt werden.

S. 233 30		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
3030		Stadtspital Waid			
Saldo		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
137.	Antrag Stadtrat			6 438 200	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		1 000 000		5 438 200	Minderheit 1 Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
		434 500		6 003 700	Minderheit 2 Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: FDP/GLP/CVP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Konto-
gruppen 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182;
SVP: Mit weiteren Optimierungsmassnahmen defizitären Gesamtsaldo
verbessern

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(6 438 200)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(5 438 200)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(6 003 700)	<u>41 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Antrag 138.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): *Nachdem die Saldokürzung im vorherigen Antrag angenommen wurde, zieht sich die GLP aus der Mehrheit wieder zurück.*

Andrea Nüssli (SP): *Es wäre reiner Populismus, wenn man hier noch weiter kürzen würde.*

S. 233 30
3030
PG 1

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Stadtpital Waid
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
138.	Antrag Stadtrat			4 936 400	Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Refe- rentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

27 / 53

50 000

4 886 400 Mehrheit

Samuel Dubno (GLP)
Referent, Martin Bürlimann
(SVP), Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Christian Traber (CVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 139.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Beim Stadtspital Triemli stellen wir seit drei Jahren eine positive, wenn auch geringe Ergebnisverbesserung fest. Deshalb besteht hier genauso weiteres Einsparpotenzial. Wenn die von der Stadt angestrebte Wachstumsstrategie im Triemli zu Erfolg führen soll, muss durch eine Optimierung der Gesamtaufwand im Verhältnis zum Umsatz stärker reduziert werden. Nur so kann man das Gesamtergebnis verbessern.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 stellt auch hier den Antrag, die Verbesserung auf den betreffenden Konten vorzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne): Das Stadtspital Triemli schafft es trotz Konkurrenz und weltweiter Wirtschaftskrise profitabel zu arbeiten und gleichzeitig eine gute medizinische Grundversorgung für die Bevölkerung anzubieten. Deshalb bitten wir darum, keinem der Kürzungsanträge zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es ist möglich, vor allem im Triemli, das Sparziel zu erreichen. Der Zusammenhang zwischen dem Triemli und der Weltwirtschaftskrise erschliesst sich mir nicht.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Spitäler haben Leistungsaufträge zu erfüllen. Das ganze Angebot muss vorhanden sein und nicht nur die Abteilungen, die Geld erwirtschaften. Es müsste auch gesagt werden, welche Leistungen konkret abgebaut werden sollen.

Andrea Nüssli (SP): Das Triemli hat einen Weg gefunden mit den Disziplinen, die gewinnbringend arbeiten, weiterzukommen. Damit bietet es den Privatspitälern, die nur auf Gewinn fokussiert sind, Paroli. Unsere Stadtspitäler decken im Gegenzug auch solche Disziplinen wie eine Geriatrie ab, die die Bevölkerung ebenfalls benötigt.

28 / 53

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Die Wachstumsstrategie erschliesst sich aus früheren Entscheidungen, die hier mitgetragen worden sind. Man hat in die Infrastruktur investiert und will diese auch auslasten. Will man die kleinen Investitionen nun nicht mehr machen, gefährdet man damit die grossen, die man vorher eingeleitet hat.

S. 234	30 3035 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadtspital Triemli			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139.	Antrag Stadtrat			-2 505 800	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		2 000 000		-4 505 800	Minderheit 1 Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
		1 185 400		-3 691 200	Minderheit 2 Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: GLP/FDP/CVP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Konto- gruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3186; SVP: Mit weiteren Optimierungsmassnahmen Gesamtsaldo verbessern			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(-2 505 800)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-4 505 800)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-3 691 200)	<u>41 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

29 / 53

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 140. und 141.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir sind nicht überzeugt von der Wachstumsstrategie des Triemli, weil wir nach wie vor keine Gesamtstrategie für die Stadtspitäler sehen. Ein Staatsbetrieb sollte nicht auf Wachstum ausgerichtet sein und die Privaten konkurrenzieren. Er sollte die Leistungen erbringen, die tatsächlich in Auftrag gegeben wurden.*

Samuel Dubno (GLP): *Die Minderheit 2 möchte nicht die vorher beschlossene Verbesserung hier wieder abziehen. Wir wollten ursprünglich zusätzlich noch 140 000 Franken sparen. Nachdem wir aber jetzt schon über eine Million Franken auf dem Gesamtsaldo verbessert haben, ziehen wir den Antrag zurück. Zusätzlich fordern wir den Verzicht auf die Zertifizierung Quality for Passion.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die städtischen Spitäler gewährleisten die grundlegende medizinische Versorgung. Die Privaten müssen dies nicht, sie können das Aufgabengebiet anbieten, das ihnen am rentabelsten erscheint. Wir brauchen die Stadtspitäler. Ein moderater Stellenausbau, wie ihn das Triemlispital anstrebt, ist nicht überrissen, sondern sinnvoll.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): *Im Moment werden hier die Globalbudgets genau wie REMO-Budgets behandelt. Ein Globalbudget benötigt eine Steuerungsgrösse, die angepasst werden muss. Langsam gehen wir an die Substanz der Bevölkerungsversorgung. Irgendwann wird dies in der Gesamtbeurteilung der Budgetdebatte entscheidend sein, ob man dem Budget so zustimmen kann oder nicht.*

Andrea Nüssli (SP): *Ich beantrage Namensaufruf zu dieser Abstimmung.*

Roger Liebi (SVP): *Die Wachstumsstrategie hat mich bisher nicht überzeugt. Wir hören immer nur, dass es nicht genügend Pflegepersonal und Ärzte gibt. Gleichzeitig fordert man eine Wachstumsstrategie, die noch mehr Ärzte und Pflegepersonal benötigt. Die Argumentation funktioniert so nicht.*

Marcel Müller (FDP): *Wenn man auf dem Gesamtbetrag des Globalbudgets den Betrag kürzt und keinen Steuerungsfaktor ändert, ist der Auftrag, die gleiche Leistung mit weniger Geld zu erbringen.*

Markus Kunz (Grüne): Man kann nicht Geld aus einem Globalbudget kürzen, ohne inhaltlich zu definieren, was eigentlich der Sinn eines Globalbudgets ist. Was für Leistungen sollen erbracht werden? Man unterläuft hier auch die Wachstumsstrategie, von der wir sicher nicht alle begeistert waren, aber der wir trotzdem so zustimmten.

Samuel Dubno (GLP): In einem Globalbudget läuft eine Änderung fast immer über den Saldo. Dies möchte man hier explizit, damit die Verantwortlichen selber unternehmerisch entscheiden können, wo sie Kürzungen vornehmen wollen, und man diese nicht vorgibt. Es müssten einmal ausserhalb der Budgetdebatte bessere Steuerungsgrössen gefunden werden, um den Zusammenhang zwischen den Finanzen und den Steuerungsvorgaben zu verdeutlichen.

Marcel Bührig (Grüne): Wenn jetzt beim Stellenausbau gespart werden soll, weil man von der Wachstumsstrategie nicht überzeugt ist, haben wir ein grosses Gebäude völlig umsonst gebaut. Das neue Bettenhaus wird demnächst eröffnet und die Patienten, die dort liegen, verlassen sich darauf, dass diese Leistungen erbracht werden.

S. 234	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Stadtspital Triemli			
		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat			-8 533 300	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			1 000 000	-7 533 300	Minderheit 1 Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
		140 000		-8 673 300	Minderheit 2 Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
		Begründung: GLP/CVP: Zu hoch budgetiert und Verzicht auf Zertifizierung Quality for Passion; FDP/SVP: Die Wachstumsstrategie des STZ vermag nicht zu überzeugen. Der Stadtrat soll seine Spitalstrategie vorlegen, bevor der Stellenausbau vorangetrieben wird. Ferner: Steuerungsgrössen und Leistungsmengen sind entsprechend anzupassen (analog Vorjahr)			

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Andrea Nüssli (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Andrea Nüssli (SP) mit 109 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

31 / 53

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA

011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
133	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	NEIN
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN

33 / 53

006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
152	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 141.

Wortmeldungen siehe Antrag 140.

S. 234 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3035 **Stadspital Triemli**
PG 2 **Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
141. Antrag Stadtrat			9 783 700	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		500 000	10 283 700	Minderheit Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)

Begründung: Die Wachstumsstrategie des STZ vermag nicht zu überzeugen. Der Stadtrat soll seine Spitalstrategie vorlegen, bevor der Stellenausbau vorangetrieben wird. Ferner: Steuerungsgrössen und Leistungsmengen sind entsprechend anzupassen (analog Vorjahr)

Andrea Nüssli (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Andrea Nüssli (SP) mit 113 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
039	Abele	Martin	Grüne	JA
144	Ackermann	Ruth	CVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
042	Altinay	Petek	SP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
012	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
003	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN

35 / 53

114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
051	Bieri	Cordula	Grüne	JA
119	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
068	Bührig	Marcel	Grüne	JA
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
096	Dubno	Samuel	GLP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
046	Esseiva	Nicolas	SP	JA
110	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
001	Frei	Dorothea	SP	JA
043	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
034	Glaser	Helen	SP	JA
154	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
035	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
111	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
170	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
038	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA

147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
044	Kraft	Michael	SP	JA
183	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
133	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
171	Müller	Marcel	FDP	NEIN
112	Müller	Rolf	SVP	NEIN
102	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Nüssli	Andrea	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
083	Schäfli	Corinne	AL	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
135	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
173	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
152	Schmid	Michael	FDP	NEIN

146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
018	Speck	Roger Paul	SP	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
045	Steiner	Jonas	SP	JA
033	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
057	Urben	Michel	SP	JA
138	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
145	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
002	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 142.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): Die 2000-Watt-Gesellschaft war schon in den Legislaturschwerpunkten 2006 bis 2010 ein grosses Ziel. Darunter fällt eine grosse Anzahl an Projekten. Hierfür sind allein 250 000 Franken in diesem Budget eingestellt. Wir beantragen hier eine Verbesserung um 300 000 Franken.

Simon Kälin (Grüne): Es geht hier um die essentiellen Mittel zum Erreichen der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Stadt erfüllt damit den direkten Auftrag der Stimmbevölkerung. Nur durch die hier geforderten kommunikativen Massnahmen können wir dieses Ziel

erreichen. Eine entsprechende Kürzung beschädigt nicht nur die wichtige und erfolgreiche Zusammenarbeit der Stadt mit Drittorganisationen, die Einnahmen generiert, sondern trifft auch die Stellen, die mit verhältnismässig geringen Kosten einen grossen Hebeleffekt erzielen können. In Zukunft werden noch viel grössere Folgekosten auf uns zukommen, wenn wir heute nicht handeln.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es wird immer Transparenz gefordert, gleichzeitig will man bei der Information und Kommunikation kürzen. Diese Informationen sind wichtig, damit die Bevölkerung auch von den Projekten profitieren und diese nutzen kann.

S. 235	30 3045 3107 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat				700 500	Minderheit
			300 000		400 500	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:			
						Verzicht auf Koordinierter 2000-Watt-Auftritt (Fr. 250 000) und Erhöhung der Sanierungsrate (Fr. 50 000)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 143.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt können auch auf diesem Konto Optimierungen vorgenommen werden. Reisen und Spesen fallen überall an, externe Übernachtungen sollten aber auf ein Minimum beschränkt werden.

Felix Moser (Grüne): Die externen Übernachtungen machen nicht den Beitrag aus, der angeblich eingespart werden soll. Warum fragen wir in der RPK alles detailliert ab, wenn nachher doch ein pauschaler Kürzungsantrag gestellt wird?

39 / 53

S. 236	30 3045 3170 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat				130 500 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			18 900		111 600 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Zurück auf Budget 2014

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 017. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 18 900 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 144.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Der Aufwand für Entschädigungen Dritter ist gestiegen. Begründet wird dies durch eine Neuentwicklung in Zusammenhang mit Informationen, dem Beratungs- und Vermittlungsangebot. Durch eigene Ressourcen kann der Aufwand in diesen Bereichen erheblich gesenkt werden.

Samuel Dubno (GLP): Wir ziehen den Antrag zurück.

Simon Kälin (Grüne): Auf dem Konto wurde bereits gekürzt, weshalb die Mehrheit darum bittet, hier keine weiteren Kürzungen vorzunehmen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Das durchaus sehr zweifelhafte Projekt «Zürich isst» wollte die GLP mit ihrem Antrag streichen. Der Betrag, der vorher aus dem Pauschalbetrag genommen wurde, soll dazu genutzt werden, damit das Projekt nicht durchgeführt wird.

40 / 53

S. 236	30 3045 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144.	Antrag Stadtrat				3 014 500	Mehrheit
			398 500		2 616 000	Minderheit 1
			100 000		2 914 500	Minderheit 2
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
						Begründung: GLP/CVP: Zürich isst... nicht; SVP/FDP: Öko-Wahn stoppen

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit 1 neu eine Kürzung um 398 500 Franken.

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Gemeinsame Behandlung der Anträge 265. bis 267.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Bei der Wasserversorgung, dem ewz und der VBZ sind seit 1993 die Beträge zugunsten der Leistungen unverändert geblieben. Die Aufwendungen, die die zentrale Verwaltung für die drei Einheiten erbringt, sind gestiegen. Deshalb soll der Betrag bei allen drei Einheiten angehoben werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stadtrat ist zufrieden und hat die Beträge so ins Budget gestellt. Es ist deshalb nicht zu erkennen, warum man daran etwas verändern muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Warum die Aufwände gestiegen sein sollen, wird nicht erklärt. Wir haben der RPK aufgezeigt, wie gross unser Aufwand ist. Bei der Wasserversorgung sind wir an das übergeordnete Recht gebunden, das festhält, dass wir weder aus der Steuerkasse in die Wasserversorgungskasse subventionieren dürfen, noch umgekehrt. Gebühren sind nicht dazu da, die allgemeine Stadtkasse zu subventionieren.

S. 308	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE				
	4500	Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung				
	4980 0702	Vergütung RK 4525, Verwaltungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
265.	Antrag Stadtrat				- 500 000	Minderheit
			500 000		-1 000 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Samuel Dubno (GLP)
		Begründung:	Kostendeckungsbeitrag: Die Verwaltungskosten der Zentralen Verwaltung sind auf rund 5 Millionen Franken gestiegen. Die Entschädigung wurde seit 1994 nicht angepasst			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 266.

Wortmeldungen siehe Antrag 265.

S. 308	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE				
	4500	Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung				
	4980 0703	Vergütung des Elektrizitätswerks für Verwaltungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
266.	Antrag Stadtrat				- 500 000	Minderheit
						Dr. Urs Egger (FDP)
						Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

42 / 53

500 000	-1 000 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
Begründung: Kostendeckungsbeitrag: Die Verwaltungskosten der Zentralen Verwaltung sind auf rund 5 Millionen Franken gestiegen. Die Entschädigung wurde seit 1994 nicht angepasst			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 267.

Wortmeldungen siehe Antrag 265.

S. 308	45 4500 4980 0704	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung Vergütung der Verkehrsbetriebe für Verwaltungskosten				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
267.	Antrag Stadtrat				- 500 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			500 000		-1 000 000	Mehrheit Christian Traber (CVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
Begründung: Kostendeckungsbeitrag: Die Verwaltungskosten der Zentralen Verwaltung sind auf rund 5 Millionen Franken gestiegen. Die Entschädigung wurde seit 1994 nicht angepasst						

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

43 / 53

S. 312	45 4525 3180 0000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Wasserversorgung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
268.	Antrag Stadtrat				4 489 800	Mehrheit
			500 000		3 989 800	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Übrige Leistungen Dritter reduzieren			

Markus Kunz (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 269.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Auf der einen Seite ist der Saldo dieses Globalbudgets das, was in die Stadtkasse abgeliefert wird. Über die Höhe entscheiden wir noch. Andererseits wollen wir, dass die Kosten analog zu den anderen Dienstabteilungen um 10 % reduziert werden.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2 fordert im Prinzip das Gleiche wie die Minderheit 1, nur andere Konten betreffend.

Walter Angst (AL): Die FDP und GLP haben in ihren Sammelkürzungen vergessen, dass sie mit dem Saldo über das ganze ewz nur bestimmen, wieviel das ewz der Stadtkasse abgeben soll. Die Beschränkung liegt bei 9 % und nicht darüber. Die 9 % sind eine Funktion des ewz-Umsatzes und den Umsatz kann der Gemeinderat nicht bestimmen. Der Stadtrat hat mit dem ewz ausgehandelt, dass umso mehr in die Stadtkasse fließt, desto besser das ewz arbeitet.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Eine Umsatzabgabe von 9 % ist verkraftbar, dies zeigt auch der neueste Trimesterbericht des ewz. Wir unterstützen den bürgerlichen Antrag, dass das ewz

mehr Geld in die Stadtkasse abliefern.

Niklaus Scherr (AL): Die betriebswirtschaftlich argumentierende Seite, die für das ewz sonst immer mehr unternehmerische Freiheit fordern, greift jetzt in einer völlig marktfremden Art und Weise in die Substanz dieser Unternehmung ein.

Samuel Dubno (GLP): Es ist allen klar, was gemeint ist. Man muss Kosten sparen und nicht die Abgabe an die Stadt erhöhen. Die Minderheit 2 zieht ihren Antrag zurück.

Dr. Urs Egger (FDP): Unternehmerische Freiheit bedeutet eigenständige Organisation, losgelöst von der Stadtverwaltung. Wir sind nicht der Meinung, dass man den Gesamtbetrag entsprechend erhöht. Deshalb ziehen wir unseren Antrag ebenfalls zurück.

Christian Traber (CVP): Wir wechseln auch zum Stadtrat.

Roger Liebi (SVP): Wir haben die Beträge auf dem falschen Konto eingestellt.

Florian Utz (SP): Wir halten weiterhin am Antrag von FDP und SVP fest und übernehmen deshalb die Minderheit 1.

S. 315	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE			
	4530	Elektrizitätswerk			
	Saldo	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
269.	Antrag Stadtrat			-60 000 000	Mehrheit
		11 265 200		-71 265 200	Minderheit 1
		10 164 400		-70 164 400	Minderheit 2
				Enthaltung	Christian Traber (CVP)
		Begründung:	GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182, 3186; SVP/FDP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182		

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 52 Stimmen zu.

45 / 53

Antrag 270.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Die Minderheit beantragt, hier zurück auf das Budget 2014 zu gehen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass es keinen Einfluss hat, bei einem 80 Millionen Franken-Globalbudget 140 000 Franken einsparen zu wollen.

S. 315	45 4530 PG 1	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
270.	Antrag Stadtrat			80 354 900	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
		140 000		80 214 900	Minderheit	
					Enthaltung	
		Begründung: Zurück auf Budget 2014				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 271. und 272.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Simon Kälin (Grüne): Die Grünen möchten mit der Zielsetzung der Energiewende den Anteil von ökologisch produziertem Strom steigern und beantragen deshalb die entsprechende Steuerungsgrösse von 4,8 % auf 6 % zu erhöhen. Das ewz will mehr Zertifikate einkaufen, was Mehrkosten verursachen würde. Mit einem verstärkten Marketing kann man den Anteil des effektiv verkauften Ökostroms steigern, was zu einer Verschlechterung des Budgets führt.

Christian Traber (CVP): Die zusätzliche Menge, auch wenn sie noch so wünschbar ist, entspricht nicht unbedingt dem Bedarf des Endkunden. Dadurch läuft man Gefahr, dass

46 / 53

das ewz seine Erfolgsrechnung verschlechtert und der Effekt nicht da ist.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir unterstützen das Anliegen der Grünen. Kurzfristig geht dies nur auf dem Zertifikate-Markt, denn man kann nicht innerhalb eines Monats eine Windturbine bauen. Wir gehen nicht davon aus, dass man Verluste einführt, wenn man aktiver auf dem Zertifikate-Markt ist. Deshalb enthalten wir uns beim zweiten Antrag.

S. 315	45 4530 PG 2	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Produktegruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
271.	Antrag Stadtrat			Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Die Minderheit der RPK beantragt eine Anpassung der Steuerungsgrösse U «Anteil an Gesamtproduktion ewz» von 4,80 auf 6,00 %.		Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Energiewende, Strom aus ökologischen Kleinkraftwerken ist vorzuziehen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 272.

Wortmeldungen siehe Antrag 271.

S. 315	45 4530 PG 2	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
272.	Antrag Stadtrat			23 747 100	Mehrheit Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			100 000	23 847 100	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent

47 / 53

Enthaltung Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Steuerungsgrösse U «Anteil an Gesamtproduktion ewz» auf 6 % erhöhen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 14 Stimmen zu.

Antrag 273.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Kürzung zielt auf die Aus- und Weiterbildung ab, die beim ewz im Vergleich von diesem Jahr auf das nächste Jahr zu hoch ist. In Anbetracht der Gesamtsumme ist es wenig, was aber nicht am Sparen hindern soll.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit hält es nicht für sinnvoll, bei der Aus- und Weiterbildung zu sparen.

S. 315 45
4530
PG 3

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
273.	Antrag Stadtrat			-270 849 700	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
		70 000		-270 919 700	Minderheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Enthaltung Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 60 Stimmen zu.

Antrag 274.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Kirstein (AL): Die Minderheit beantragt hier die Senkung von 21,3 auf 21,0 GWh. Der Richtstromverbrauch der öffentlichen Beleuchtung ist vor allem durch den Einsatz modernster Lampen sowie weniger benötigter Leuchten in den letzten Jahren sowieso schon kontinuierlich gesunken.

Heinz Schatt (SVP): Die Steuerungsgrösse ist seit Jahren am Sinken, deshalb möchten wir dem ewz nicht etwas Anderes vorschreiben. Es ist nicht immer sinnvoll, die Leuchtkörper sofort durch energieeffiziente Leuchtkörper zu ersetzen.

S. 315 45 DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
4530 Elektrizitätswerk
PG 4 Produktegruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
274. Antrag Stadtrat			Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		Die Minderheit der RPK beantragt die Kennzahl U «Stromverbrauch öffentliche Beleuchtung in GWh» von 21,3 auf 21,0 anzupassen.	Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent
			Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Weniger benötigte Leuchten und deren bessere Energieeffizienz sprechen für eine herausfordernde Steuerungsvorgabe

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

49 / 53

S. 315	45 4530 PG 7	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
275.	Antrag Stadtrat				152 253 900	Mehrheit
			6 800 000		145 453 900	Minderheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
						Begründung: Gewinn- bzw. Umsatzabgabe des ewz bei 9 % belassen

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 276.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Heinz Schatt (SVP): Wir wollen den getroffenen Volksentscheid für ein Glasfasernetz nicht rückgängig machen oder ignorieren. Angesichts der vorgelegten Zahlen ist aber die Ausbaugeschwindigkeit zu reduzieren. Der Aufwand soll im nächsten Jahr gesteigert werden, der Ertrag sinkt im Budget 2015 gleichzeitig aber leicht. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse werden wir gezwungen sein, über die Massnahmen zum Breitband-Glasfasernetz nachzudenken.

Christian Traber (CVP): Die Mehrheit schlägt vor, beim stadträtlichen Entscheid zu bleiben. Es gibt vertragliche Bestimmungen, die das ewz verpflichten, den Ausbau im Rahmen der Abmachungen durchzuführen. Halten wir nicht daran fest, sind auch Konventionalstrafen möglich.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL ist und bleibt in der Enthaltung. Es ist nötig, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Allerdings ist der Antrag so nicht wirkungsvoll. Der Stadtrat kann soviel ausgeben, wie im Rahmen des Rahmenkredits möglich ist. Die Problematik dahinter bleibt jedoch bestehen. Der Ausbau des Glasfasernetzes belastet die Finanzrechnung

des ewz erheblich und es besteht eine Konkurrenz zwischen dem Ausbau und der Zielsetzung im Hinblick auf die erneuerbaren Energien. Dies müsste bei anderer Gelegenheit diskutiert werden.

Roger Liebi (SVP): Eine Enthaltung ist richtig, wenn man nicht für die Kürzung ist. Natürlich liegt ein Volksentscheid vor, aber hier geht es um viel Geld. Innerhalb des Prozesses muss es möglich sein, das eine oder andere nochmal genauer anzuschauen.

S. 315	45 4530 502950	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Telekommunikation				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
276.	Antrag Stadtrat				50 570 600	Mehrheit
			25 000 000		25 570 600	Minderheit
						Enthaltung
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Investitionstempo bei Ausbau Glasfasernetz auf die Hälfte reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 242.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Die RPK-Mehrheit ist der Ansicht, dass es nicht klar ist, für was das Geld im Detail ausgegeben werden soll.

Andrea Nüssli (SP): Auf Beiträge wie „rundum Gsund“, die Gesundheitsprävention des Personals, will die GLP verzichten. Wir finden das Angebot nachhaltig und gehen deshalb mit dem Stadtrat.

52 / 53

Roger Liebi (SVP): Es ist ökologischer, wenn die Klausuren in der Schweiz stattfinden.

Felix Moser (Grüne): Die angesprochenen Auslandsdestinationen waren für das Jahr 2014 vorgesehen. Für 2015 steht ganz klar, dass der Ort noch nicht bekannt ist.

S. 286	40 4015 3170 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
243.	Antrag Stadtrat				72 000	Mehrheit
			52 800		19 200	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung:	Klausur nicht im Ausland		

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 017. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 52 800 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 244.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Im Bereich der archäologischen Arbeiten ist das Budget 2015 um 25 % höher als die Rechnung 2013. Wir beantragen deshalb die Kürzung.

Andrea Nüssli (SP): Das sind gebundene Ausgaben. Bei anstehenden Grabungen müssen die archäologischen Arbeiten ausgeführt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Raphaël Tschanz (FDP): Wir hatten hier keine tabellarische Kürzung, deshalb bleiben wir beim vollen Betrag von 400 000 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Das was wir hier behandeln ist kein Tabellenantrag und wir haben auf diesem Konto nun noch nichts gekürzt. Es ist deshalb richtig, die ganze Verbesserung stehen zu lassen.

